

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

112. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Februar 1999, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Roswitha Müllerwiebus (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk

Fehlende Abgeordnete

Berndt Steincke (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht: Nationalpark Service gGmbH Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/3038	4
2. Sachstandsbericht: Schloß Glücksburg Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 14/3013	7
3. Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1371	8
4. a) Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Er- laß einer Landesbeschaffungsordnung Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/696	9
b) Bericht des Ministers für Finanzen und Energie über die Verhandlung mit dem Bund über die künftige Abwicklung von Bauaufträgen durch die ge- plante Anstalt des öffentlichen Rechts Gebäudemanagement Schleswig- Holstein (GMSH) Schreiben des Abg. Stritzl (CDU) vom 10. Februar 1999 Umdruck 14/3047	
5. Kosten- und Zeitplanung für das DV-Projekt Automatisierte Liegenschafts- karte (ALK) Vorlage des Innenministeriums Umdruck 14/2965	11
6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das IV. Vierteljahr 1998 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2969	12
7. Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1999 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2978	13
8. Unterrichtung des Landtages über erhebliche Änderungen der Haushaltsent- wicklung und deren Auswirkung auf die Finanzplanung gemäß § 10 Abs. 2 LHO - Fortsetzung der Beratung vom 5. November 1998 -	14
9. Information/Kenntnisnahme	15
10. Verschiedenes	15

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht: Nationalpark Service gGmbH

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 14/3038

St Berg gibt einen Bericht über die Gründungsvorbereitungen der NationalparkService gGmbH, Umdruck 14/3038.

Abg. Peters äußert, nach ihrer Kenntnis habe sich der Landrat des Kreises Dithmarschen dahin geäußert, daß er sich nicht in der Lage sehe, den Gesellschaftsvertrag zu unterzeichnen, wenn der Kreis Nordfriesland nicht zustimme.

In einer kurzen Diskussion über die Gesellschafteranteile äußert St Berg, daß mit dem vorliegenden Konzept eine Konstruktion gefunden worden sei, bei der die Finanzlast nicht unwesentlich beim Land Schleswig-Holstein liege. Dies sei gegenüber den anderen Gesellschaftern ein deutliches Entgegenkommen.

P Dr. Korthals hält es für wünschenswert, daß beide Kreise als vollwertige Gesellschafter in der NationalparkService gGmbH mitwirken, sich also am Stammkapital beteiligen und am Risiko teilhaben. Er hält es allerdings für angebracht, daß sich die Kreise über ihre Verhandlungsstrategie äußern.

St Döring teilt mit, einem Kabinettsbeschluß zufolge stehe die Gründung der NationalparkService gGmbH unter dem Vorbehalt, daß sich beide Kreise als Gesellschafter beteiligen. Sollte einer der Kreise dies nicht tun, werde ein neuer Kabinettsbeschluß herbeigeführt werden müssen.

Auf eine Frage der Abg. Peters antwortet St Berg, daß eine förmliche Beteiligung des Umweltausschusses in dieser Angelegenheit aus ihrer Sicht nicht zwingend sei.

Abg. Spoorendonk erkundigt sich nach den konkreten Forderungen des Kreises Nordfriesland. St Berg teilt mit, der Kreis Nordfriesland habe einen Gesellschafteranteil von 15 % und die

Verankerung einer Sperrminorität im Gesellschaftsvertrag gefordert und gleichzeitig um ein Gespräch nachgesucht.

Abg. Stritzl beantragt, die Landräte der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland zu einer Anhörung einzuladen. Abg. Neugebauer begrüßt diesen Antrag.

St Berg geht auf eine Bemerkung von P Dr. Korthals ein und stellt unter Bezugnahme auf die 99. Sitzung am 29. Oktober 1998 heraus, daß die Beschäftigung von zwei Geschäftsführern nach wie vor für sinnvoll gehalten werde. Die Vorsitzende merkt dazu an - „kritisch“, wie sie betont -, daß der kaufmännische Bereich durchaus auch einem Prokuristen übertragen werden könne. St Berg erklärt, das Umweltministerium sei nach wie vor der Meinung, daß sowohl der fachlich ausgerichtete als auch der kaufmännische Bereich mit jeweils einem Geschäftsführer besetzt sein sollte.

Die Vorsitzende bezeichnet - unterstützt von Abg. Stritzl - die Übersicht über die Verwendung der Gründungsmittel für die NationalparkService gGmbH, Umdruck 14/3094, als verwirrend. St Döring merkt an, der Landesregierung sei an einer möglichst schnellen und umfassenden Informierung gelegen; unter haushaltstechnischen Gesichtspunkten sollte die Vorlage nicht gelesen werden.

Abg. Neugebauer bezeichnet die Vorlage, aus der sich ergebe, daß sich die Landesregierung im Rahmen des vorgegebenen Kostenkorridors bewege, als sehr plausibel, und äußert die Erwartung, daß die Landesregierung dem Finanzausschuß nach Abschluß des Gründungsaktes eine nachvollziehbare und alle haushaltstechnischen Voraussetzungen erfüllende Vorlage zuleiten werde.

Abg. Kubicki fragt, ob es eine dauerhafte Patronatserklärung des Landes Schleswig-Holstein für den Fall gebe, daß die bisher angestellten Überlegungen nicht aufgehen und weitere Verluste eintreten. St Döring verweist auf § 23 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1999.

Abg. Kubicki möchte wissen, welche Umstände den Betrag von 67.300 DM für den Beratervertrag Arthur Andersen rechtfertigten. St Döring antwortet, daß der Gesellschaftsvertrag durch Beratung mit Arthur Andersen entwickelt worden sei; die Abgrenzung der Landesaufgaben sowie die steuerlichen Fragen entsprächen der Konstruktion des Vertrages. Außerdem sei der kaufmännische Apparat mit Buchführung und Kosten- und Leistungsrechnung auf der Basis dieses Vertrages aufgebaut worden. Abg. Kubicki zeigt sich über diese Antwort verwundert und stellt heraus, daß man den Gesellschaftsvertrag „kostenlos bei jedem Notar“ hätte bekommen können und daß die Buchführung „kostenlos von jedem Steuerberater“ hätte eingeführt werden können. Ihm sei an einer Auskunft - so betont Abg. Kubicki abschließend - über den

Inhalt des Beratervertrages gelegen. - Abg. Neugebauer verweist auf die Vorlage Umdruck 14/1749 (neu).

Abg. Heinold bittet, neben den Landräten der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen auch zwei Vertreter aus dem Naturschutzbereich zu der Anhörung einzuladen. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht: Schloß Glücksburg

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 14/3013

Ergänzend zu der Vorlage des Ministeriums trägt St Dr. Stegner vor, daß die institutionelle Stiftung der Förderung mit dem Jahr 1996 eingestellt worden sei und daß im Rahmen der Projektförderung Denkmalpflegemittel ausschließlich nach vorheriger Beratung im Bildungs- und im Finanzausschuß gewährt würden. Im übrigen seien die beiden Sitze des Landes im Verwaltungsrat inzwischen wieder besetzt worden.

Auf eine Frage der Abg. Peters antwortet St Dr. Stegner, daß die bauliche Verfassung des Schlosses insgesamt als zufriedenstellend angesehen werde. MDgt Carl fügt hinzu, daß es sich allerdings um ein sehr altes Gebäude handle, das auf mögliche Detailschäden dringend untersucht werden müsse; dafür sei das in der Vorlage beschriebene Aufmaß erforderlich. Unterlassene Bauunterhaltung könne nach den Feststellungen des Landeskonservators in nennenswertem Umfang nicht festgestellt werden.

P Dr. Korthals antwortet auf eine Frage der Vorsitzenden, daß die Disposition über die Prüfungsbemerkungen des Landesrechnungshofs beim Ministerium liege, allerdings sei der Landesrechnungshof bereit, dem Ausschuß eine ausführliche Zusammenfassung zuzuleiten. - Die Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1371

(überwiesen am 25. März 1998 an den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

hierzu: Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umdruck 14/2882

Abg. Heinold erklärt, daß sich der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 14/2882, erledigt habe.

St Döring teilt mit, daß sich Behörden und insbesondere Einrichtungen der Landesverwaltung keineswegs im Wettbewerb mit Dritten befänden und daß in zunehmendem Maße Aufträge an Dritte erteilt würden.

P Dr. Korthals hält eine Diskussion über die Frage für erforderlich, auf welche Weise ausgelagerte öffentliche Bereiche Wettbewerb betreiben. Der Landesrechnungshof werde - so kündigt P Dr. Korthals an - dem Finanzausschuß dafür eine Vorlage liefern.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschließt der Ausschuß, dem federführenden Wirtschaftsausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/696

(überwiesen am 16. Mai 1997 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den Finanzausschuß)

hierzu: Schreiben des Innenministeriums
Umdruck 14/2929

Schreiben des Abg. Kubicki (F.D.P.)
Umdruck 14/2983

b) Bericht des Ministers für Finanzen und Energie über die Verhandlung mit dem Bund über die künftige Abwicklung von Bauaufträgen durch die geplante Anstalt des öffentlichen Rechts Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH)

Schreiben des Abg. Stritzl (CDU) vom 10. Februar 1999
Umdruck 14/3047

St Döring teilt mit, daß das Ministerium beinahe täglich auf den verschiedensten Ebenen mit dem Bund über die künftige Abwicklung von Bauaufträgen durch die geplante Anstalt des öffentlichen Rechts Gebäudemanagement Schleswig-Holstein im Gespräch sei. Eine Entscheidung werde im März fallen, und das Ministerium werde das Ergebnis noch vor den Osterferien dem Ausschuß zuleiten. Das Ministerium gehe davon aus, daß der Zeitplan eingehalten und somit das Gesetz zum 1. Juli 1999 in Kraft treten könne.

St Döring greift eine Bemerkung des Abg. Kubicki auf und merkt an, daß das Land hinsichtlich der Übertragung von Bundesaufgaben auf die GMSH auf einer schriftlichen Zusage des Bundes bestehe und im übrigen den zuständigen Vertreter des Bundes bitten werde, hier im Ausschuß Rede und Antwort zu stehen. Zum Thema Kontrahierungszwang trägt St Döring vor, daß ein Zeitraum von fünf Jahren nicht zur Diskussion stehe; in Betracht komme nur ein Zeitraum - etwa acht bis zehn Jahre -, der es zulasse, hinreichend große Änderungen vorzunehmen. Unabhängig aber davon werde das Land es nicht hinnehmen, daß das Risiko für das Personal, das ausschließlich Aufgaben für den Bund wahrnehme, in vollem Umfang beim Land bleibe.

Abg. Kubicki betont, falls es mit dem Bund nicht zu einer einvernehmlichen Lösung kommen sollte, sei er nicht bereit, irgendeine andere Regelung, die er weder unter wirtschaftlichen noch

unter rechtlichen oder sonstigen Aspekten habe prüfen können, im parlamentarischen Verfahren auf den Weg zu bringen.

Abg. Stritzl steht auf dem Standpunkt, daß der vorgestellte Zeitrahmen eine ordnungsgemäße Beratung in den Fraktionen, im Finanzausschuß und im Parlament einfach nicht zulasse. Vor diesem Hintergrund sowie angesichts der Tatsache, daß im vergangenen Jahr der Eindruck vermittelt worden sei, daß die Gründung der GMSH unmittelbar bevorstehe, fühle er sich als Parlamentarier „auf den Arm genommen“.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. wird der Antrag der F.D.P. auf Einrichtung einer zentralen Beschaffungs- und Servicestelle und auf Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung, Drucksache 14/696, abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Kosten- und Zeitplanung für das DV-Projekt Automatisierte Liegen-
schaftskarte (ALK)**

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 14/2965

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das
IV. Vierteljahr 1998**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2969

Zu 0711-422 01

Abg. Kubicki bittet um eine weitergehende Begründung für die Notwendigkeit der überplanmäßigen Ausgabe. - St Döring sagt eine schriftliche Antwort zu.

Im übrigen nimmt der Ausschuß die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1999

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2978

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Unterrichtung des Landtages über erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung und deren Auswirkung auf die Finanzplanung gemäß § 10 Abs. 2 LHO

- Fortsetzung der Beratung vom 5. November 1998 -

hierzu: Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdrucke 14/2698, 14/2910

Die Vorsitzende teilt mit, daß M Möller wegen anderweitiger terminlicher Verpflichtungen an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sei, und schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Unterrichtung 14/85 - Leistungsstufenverordnung

Der Ausschuß vertagt die Beratung, da die Vorlage den Ausschußmitgliedern noch nicht zugegangen ist.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer